

Handlungsfähig in welcher Verfassung?

Ein transnationaler Staat Europa

Die sonderbare Europa-Phobie der Veränderungswilligen

Kritik an der Europäischen Union, da geht es längst nicht mehr um sachliche, oft höchst berechnete Kritikpunkte. EU-Kritik heute ist ein Oberflächengekräusel auf einer breiten Grundströmung weg von bisheriger Politik, weg von den bisherigen Politikern. Wurst wohin, nur weg. Unterschiedlichste Interessen und Absichten driften in die gleiche Richtung. Zu Recht wird gesagt: exemplarisch für alle Politik ist die jetzige Europapolitik ein Irrweg. Sie schwächt die Demokratie, schwächt die je eigene Souveränität, worunter ganz selbstverständlich bloß die Durchsetzung der tatsächlichen oder behaupteten Sonderinteressen verstanden wird. Stört es jemanden, dass die Interessen und Absichten der Kritiker überwiegend gegensätzlich sind, sozial, politisch und staatlich verschieden? In dieser EU-feindlichen Grundströmung tut es nichts zur Sache, wenn Rechtsextreme und Rechtspopulisten, die unter wechselnden Etiketten einzig allein gegen die jeweils opportunen Sündenböcke hetzen, zusammen mit Separatisten, Linken, Liberalen und Neoliberalen, einigen Wertkonservativen und einem Rest von Nationalkonservativen "gegen Brüssel" Sturm laufen.

Am erstaunlichsten ist, es sind nicht konservative, auf ihren Besitzstand fixierte Kreise die Vorkämpfer der Renationalisierung. Treibende Kraft ist ein Zusammenspiel von zwei Strömungen, die völlig gegensätzlich, ja untereinander verfeindet sind: Rechtsextreme und Rechtspopulisten einerseits, andererseits gerade die aktivsten Veränderungswilligen bei Linken, Ökologen und Sozialreformern. Die Feindbilder sind verschieden, die Schuldzuweisung die selbe. Gerade die "Zivilgesellschaft", bunt gemischt, ist mehrheitlich sich einig gegen "Brüssel". Die auf lebensfreundliche, demokratisch gestaltete Veränderung eingestellten Personen, Gruppen und Milieus wollen in der EU das Werkzeug der lebensfeindlichen Systeme, sagen wir die Speerspitze des Kapitalismus sehen - vermeintlich das zentrale Hindernis gegen Veränderung. Wie kommt dieser neu-nationalistische Komplex zustande?

Die Konjunktur der Realnationalisten

In ihrer Gesinnung dürfte nur eine Minderheit der Brüssel-Fresser Nationalisten sein [so auch in Österreich]. Die begonnene Renationalisierung Europas ist weniger Programm, sie folgt einem Reflex desorientierter Politikflüchtlinge, ein Reflex quer durch die Völker, den Teile der Eliten auf ihrer Jagd nach Bereicherung und Macht sich zu Nutze machen. Ob die Europäische Union dabei zerfällt, rück- oder umgebaut wird und wohin, kümmert kaum jemanden.

Auch die in Europa neuerdings wieder grassierenden ethnischen und regionalistischen Abspaltungen und Feindeserklärungen leben vom anti-europäischen Reflex. Zwar wäre eine Stärkung kleiner und größerer Regionen und Kommunen einer der Wege zu einem demokratischen Europa, aber die angestrebte staatliche Aufsplitterung strebt wieder nur scheinbar homogenere, kleinere Staaten vom Typus Nationalstaat an. Dieser Staatstypus wird in der Epoche globaler Neuordnung aller Machtverhältnisse in Frage gestellt und eben dieser Herausforderung möchten die EU-Gegner und Europaskeptiker ausweichen.

Dabei wird nationalistische Rhetorik häufig verknüpft mit einer neoliberalen Programmatik, "auch wir sind für Europa!", die den Umbau der bisherigen EU zum besseren Instrument für Kapitalinteressen betreibt [so etwa in Deutschland die AfD, der bei den kommenden Wahlen zum Europaparlament große Erfolge zugetraut werden].

Immerhin ist ein ideologischer Nationalismus nach Art früherer Jahrhunderte derzeit nur die Sache von Minderheiten, er ist chancenlos gegenüber dem global übermächtigen Konsumismus und dessen politischen Agenten. Die Anti-EU-Kampagnen sind durchwegs nationalistisch, sie sind es aber nur praktisch, seltener auch ideologisch: mangels eigener, global tauglicher Konzepte fallen sie zurück auf jeweils "ihren" Nationalstaat als die einzig legitime Verfassung.

Woher kommt diese breit gestreute, mehrheitsfähige Rückwendung zur politischen Form früherer Jahrhunderte? Zwei historische Bewegungen laufen zusammen.

Ein "Ende der Geschichte" gab es nicht, aber ein Ende der Großen Erzählungen. Weder links noch rechts, weder liberal noch erdfreundlich, weder progressiv noch konservativ steht ein Weltbild und ein Handlungsentwurf in heller Öffentlichkeit zur Entscheidung. Die in Hektik erstarrte, qualitätsfremde Jagd nach privater Bereicherung und Konsum bestimmt die Politik, sowohl praktisch wie in den Diskursen. Die Reichen und Mächtigen, pauschal gesprochen, plündern alle Bestände, die sozialen und natürlichen, doch ebenso die Bestände an Staatlichkeit. Damit ist die Basisaufgabe von Politik: für konkurrierende Weltbilder und Handlungsentwürfe den Raum und den Verfassungsrahmen herzustellen, aus dem öffentlichen Bewusstsein heraus gefallen.

In diese historische Leere strömt die andere Bewegung ein, ein Schönreden und Schminken der Leere, als ob der institutionelle status quo Zukunft hätte, alternativlos. Als ob in den alten Staaten Europas (oder Splitterprodukten) samt zwischenstaatlichen Hilfeinrichtungen doch Gestaltung des Zusammenlebens möglich sei. Doch die global verankerten Machtverhältnisse können nur durch Kräfte "auf Augenhöhe" beeinflusst werden, also durch eine Demokratie mit dem Zuschnitt globaler Handlungsfähigkeit - angetrieben durch konkurrierende Weltbilder und Handlungsentwürfe. Für beides, das Ungenügen der Staaten und die Notwendigkeit gemeinsamer Handlungsfähigkeit ist die EU-Kritik meist blind.

Das vielstimmige große "Nein zu Europa" erzeugt gleichsam automatisch ein kleines "Ja zum jeweils vorgefundenen Staat": Realnationalismus ohne Schwung zur Zukunft.

Wie fühlt der historische Rückschritt sich an? Was erhoffen sich die Realnationalisten? Zunächst: "Lieber den Spatz in der Hand ...", das ist nur zu gut verständlich. Wo man sich auskennt, wo alle und alles berechenbar ist ... Sicherlich ist Defensive, ist das Verteidigen von gefährdeten Errungenschaften eine bedenkenswerte Strategie. Auf Inselchen der Seeligen kann der Schwund an Souveränität vielleicht hinausgezögert werden, beispielsweise für die Qualität von Wasser, Lebensmittel (in Erzeugung und Genuss), Kommunikationsfreiheit ... und für lokale, kleinstaatliche Wahlen, aus denen aber handlungsfähige Institutionen eben nicht hervorgehen können: keine Gegenmacht. Das bekümmert die entstehenden Globalmonopolisten bei Wasser, Saatgut, Handels- und Kommunikationskontrolle, Verschuldungsexpansion ... wenig. Sie werden immer schärfer ihre Standards und ihre Willkür durchsetzen, solange ihnen nicht globale Standards entgegen gesetzt werden. Von den seeligen Inselchen geht da wenig aus.

Da genügt Verteidigung nicht. Wer ein wenig in die Zukunft retten möchte von den schönen Utopien - Würde, Menschenrechte, elementare Gleichheit, Rechtsstaat und Demokratie, verlässlicher Wohlstand, Stärkung der *commons* und Teilhabe aller ... -

oder wer auch nur den Torso "soziales Modell Alteuropa" durchbringen möchte, wird um radikale Verwandlungen nicht herumkommen. Verwandlung heißt, zu neuen Inhalten (daran mangelt es ja am wenigsten) auch neue Formen gewinnen.

Die politische Form (als Bewegung und Institution) und den Ort der Entscheidung vernachlässigen die meisten Diskurse, unabhängig von den jeweiligen inhaltlichen Anliegen: ist die alte Verfassung, der alte Entscheidungsraum geeignet? Und wenn nicht, wie schaffen wir einen erneuerten Verfassungsraum?

Inhalt und Form: Ohne Handlungsfähigkeit kein Handeln

Gabriele Matzner-Holzer spricht den dafür ausschlaggebenden Punkt an: *Welcher Akteur könnte es mit den mit den Regierungen und deren Organisationen, ferner Medien, thinktanks und Academia verhandelten Großkapitalakteuren aufnehmen? Und wie?*

Zumeist wird mit der Art des Fragens schon die Antwort unterstellt: Fehlanzeige, und viele werden zustimmen, ohne groß darüber nachzudenken. Es trifft ja zu, die Verfassungswirklichkeit kennt gegenwärtig keinen Ort, an dem irgend ein Akteur gegen Finanzindustrie, Militärindustriellen Komplex & Co etwas auszurichten vermöchte. Nicht in diesem oder jenem der alten Staaten, doch ebenso wenig auf "europäisch" - eben weil eine gemeinsame europäische Staatlichkeit zwar angestoßen war, aber verpfuscht worden ist.

Den Handlungsraum, also den geeigneten Verfassungsraum und transnationalen Raum der Öffentlichkeit verkannt zu haben, ist das Versagen der kleinstaatlich sozialisierten Eliten. Inzwischen haben Mehrheiten, die zunächst leicht sich einlullen ließen, sich aufgeilen ließen als Zuschauer in Politikshows, alles Vertrauen in Politik und besonders in "die Politiker" verloren. Das aber bedeutet, die Weichen werden an Orten gestellt, an dem Kleinstaat nichts zu reden haben; also auch *im* jeweiligen Kleinstaat niemand etwas zu reden hat, von Politikshows eben abgesehen.

Kleinstaatliche Demokratie (ohne oder mit EU-Anhängsel) wurde längst zur Fassade. Für die künftigen Lebensnotwendigkeiten, globale Regimes für Währung, Handel, Sozial- und Umweltstandards, Abrüstung, Unterwerfung der Finanzindustrie ...: nirgends existiert ein Akteur namens der Europäer.

Spätesten seit Beginn der Finanzkrisen sind die Diskurse eingefroren in einer aussichtslosen Frontstellung: Entweder weitermachen im status quo: Hier eine demokratieferne "EU auf Kommission", abhängig vom intergouvernementalen Mächtenspiel und von Lobbys. Oder dort weitermachen im status quo als Kleinstaat. Hier wie dort aber ist Politik blockiert. Fortthinkendes Krisenmanagement zwecks Machterhalt, mehr geht nicht. Welche Seite des status quo wählen? Eine sinnlose Wahl.

Nur was aus diesem Dilemma herausführt, hat Zukunft. Dazu braucht es einen Perspektivenwechsel.

Das heißt erstens, nicht in der real existierenden EU-Konstruktion weitermachen, von Taktik abgesehen. Sie ist eine Mischung aus führungsloser Lobbyisten-Bürokratie und intergouvernementalem Regieren, eine Fassadendemokratie. Wie auch immer und von wem immer die Inhalte der Gesetze und Verwaltungsakte der EU ausgebrütet werden, letzten Endes gilt allein, was die Mitgliedsstaaten im Interessen- und Staatenpoker als kleinsten gemeinsamen Nenner vereinbaren. Das geschieht weder gemeinsam noch demokratisch! [Aufschlussreich das Vorgehen in Mitgliedsstaaten mit großen

Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts, wie in Deutschland. Die Verfassungsrichter sind moralisch und aus politischer Einsicht genötigt, Entscheidungen am Rand zum Verfassungsbruch in Sachen Bankenrettung formal doch zur Verfassungskonformität hinzubiegen.] Die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments, erfreulicherweise ein wenig ausgedehnt, haben daran nichts Wesentliches geändert.

Und wie steht es um die formellen Beherrscher der Entscheidungsprozesse in den Räten, die Mitgliedsländer? Das ist die zweite Seite des Dilemmas: Jedes, ob klein im globalen Maßstab oder ganz klein, ist zu oberst mit sich selber (binnenpolitisch) und mit dem "Vertrauen" der Finanzindustrie beschäftigt; die größeren Kleinen dazu noch mit der krampfartigen Behauptung einer Juniorrolle an der Seite der Weltmächte (derzeit immer noch die USA). Europapolitik bisheriger Ausrichtung ist zuoberst ein Chaos von Binnenpolitiken, in dem nur einige allerstärkste Interessen halbwegs sich durchsetzen können. Die Lebens- und Überlebensinteressen jedoch werden nicht zur Sache der Politik. Demokratie als politische Form von Zukunftsgestaltung entsteht daraus nicht.

In diesem Punkt greift die gängige Kritik an der Europäischen Union und an Europapolitik zu kurz. Sie beißt sich fest an der Unzahl bürokratischer, oft schädlicher, inhaltlich überwiegend von Lobbys vorgegebener Verwaltungs- und Gesetzesakte. [Das ist das Feld, auf dem die voraussichtlichen Gewinner der kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament, ob nationalkonservativ, neoliberal aggressiv, rechts- oder linkspopulistisch, die Themen des Schlagabtauschs unangefochten vorgeben. Denn ihre Hauptkonkurrenten, ob schwarze oder rötliche, wiegeln ab und versprechen (positiv denken!) weiter vollen Einsatz für eine intergouvernementale Union; das ist die Positionierung zum Verlierer.]

Nein, die Kritik an der EU sollte radikal sein: nicht so sehr, was mittels EU geschieht, sondern was nicht geschieht, was nicht einmal zum Politikum wird, das ist das Versagen der bisherigen Integrationspolitik. Nicht hinter die Europäische Union zurück, sondern voraus zu gemeinsamer Handlungsfähigkeit in Europa - das ist das Motiv einer konstruktiven Kritik.

Abstieg und Unfriede oder gemeinsame Handlungsfähigkeit

Ein fatales Zusammentreffen: Die mehrheitsfähige Geringschätzung und Verachtung der EU-Einrichtungen fällt zusammen mit einem realen Abstieg Europas. Gewiss, einige Zonen und Interessen haben profitiert und können weiter von der Integration bisherigen Zuschnitts profitieren. Aber weltweit werden die Taktgeber kommender Entwicklung nicht in Europa gesucht und gefunden. In den beginnenden globalen Weichenstellungen existiert Europa nicht, weder per Kleinstaat noch per EU. Der Stil künftigen Wirtschaftens und des Umgangs mit den natürlichen Lebensvoraussetzungen wird immer weniger mitbestimmt durch Entwicklungen in Europa. Daran ändern große Fortschritte in Wissenschaft, Technik und Produktivität nichts, ebenso wenig das Fortdauern einiger Reste des europäischen Sozialmodells.

Der politische Abstieg rächt sich schon heute. Stillschweigend wird die Anpassung an weltweit niedrigste Entlohnungs- und Umweltstandards auch in Europa zum Standard, tendenziell. In den kommenden Entscheidungen über Wirtschafts-, Politik- und Lebensformen (Währung, Handelsregime, ein Wirtschaften ohne Ausdehnungszwang und mit ökologischer Gleichheit, Schutz vor Überwachung und Willkür, Freiheit der Lebensgestaltung ...) haben die Europäer nichts mehr mitzureden. Denn ohne handlungsfähigen Staat und ohne lebendige Öffentlichkeit keine Mitsprache.

Was ist der geeignete Handlungsraum, also ein Verfassungsraum im Maßstab der global bestimmenden Mächte? Diese heute entscheidende politische Frage verkannt zu haben, ist das Versagen der kleinstaatlich sozialisierten Eliten.

Kann dieses epochale Versagen noch gut gemacht werden? Es wird ein neuer Anfang sein, aber ein Luftschloß ist es nicht. Denn er greift die ursprüngliche Finalität des Einigungsprojekts nach dem Großen Krieg wieder auf, jetzt losgelöst aus den Zwängen des Kalten Kriegs und dem damals übermächtigen Zwang zur Anpassung an das nordamerikanische Wirtschafts- und Machtmodell. Weltoffen, also keine "Festung", aber entschlossen sich abhebend von den jetzt global bestimmenden privaten und staatlichen Mächten: Europa auf europäisch!

Weshalb zweifeln Mehrheiten auch bei den Eliten am Sinn, ja auch bloß an der Möglichkeit einer solchen Wende? Das liegt vor allem daran, ich wiederhole mich, dass der Streit um die jeweils angestrebten Inhalte ohne Rücksicht auf die Bedingungen ihrer Ermöglichung geführt wird. So geschieht es in allen Politikfeldern, ausgeprägter in Sachen Europa. Insgeheim finden Politiker verschiedenster Couleur sich damit ab: "Für meine Inhalte kann ich zwar auch in 'meinem' Staat wenig tun, aber 'in Europa' wird es noch schlechter gehen! Also die Schuld an meinem Versagen auf Sündenböcke, auf die Konkurrenten, am wirksamsten auf 'Brüssel' abschieben; zugleich bekenne ich mich zu 'Europa', wenn es gerade opportun ist. Macht und Einfluss zuhause, das ist mein Ziel."

Statt die Frage zu stellen und zu beantworten: "Wie wäre eine Staatlichkeit beschaffen, in der überhaupt wichtige Inhalte erreichbar, also notfalls auch in Konfrontation mit den eigentlichen Machtzentren der Welt durchsetzbar sind? Wenn nicht im alten Nationalstaat und nicht im Kleinstaatenkonzert, wo dann?"

Genügt es denn, die jeweiligen binnenpolitischen Konkurrenten zu hindern, ihre Absichten durchzusetzen und ihnen oder "Brüssel" alle Schuld zuzuschieben? Das ist ja das Grundmuster gegenwärtigen Politisierens. Bequemer ist es, gar nicht zu handeln und Sündenböcke zu produzieren. Bequemer, das Häppchen lokaler Macht verteidigen; bequemer, zu Hause erster bleiben, statt "in Europa" vielleicht unter "ferner liefen".

Dazu gibt es eine Alternative. Sobald ein Verfassungsraum für global wirksames Handeln eingerichtet ist, wird der Streit über Inhalte wieder offen: mit Chancen für die Konkurrenten, unvermeidlich, aber eben auch mit Chancen für die eigenen Vorschläge.

Morgen: Die Regierung Europas wählen

Sind Frauen und Männer unter uns, die das jetzige Politisieren satt haben und jenseits der abgezaunten Spielwiesen Politik machen? Kein Zweifel, neuestens rührt sich vieles, graswurzelnartig bunt, mit rudimentären Gemeinsamkeiten. Doch weniger die Buntheit der inhaltlichen Anliegen, viel mehr die Schwäche gemeinsamer institutioneller Zielvorstellungen zieht den Initiativen enge Grenzen. Klein, selbstbestimmt, mit möglichst wenig Staat oder "ohne Staat", da wird vieles in Gang gesetzt, was in eine europäische Handlungsfähigkeit eingehen kann. Aber es braucht mehr. Zivilgesellschaft ist gut, aber gegenüber den globalen Mächten ungenügend. Globale Weichenstellungen brauchen andere Entscheidungsorte, andere Prozesse der Meinungsbildung und des Streits - sie brauchen eine andere Verfassung.

Das Staatenmosaik in Europa ist ein Erbe voriger Jahrhunderte, und man wird zugeben müssen, noch im Zerfall des Sowjetimperiums samt den Nachwirkungen am Balkan und in Osteuropa waren Nation und Nationalstaat der akut brauchbare Versammlungsort für die Versuche einer eigenständigen Entwicklung; Geschichte wirkt eben lange nach.

Doch in solcher Nachwirkung mischen sich Erfahrung und Legenden. Die Nationen und Staaten Europas, alle, sind als Stabilisierung historischer Zufälle entstanden, umgedeutet zu großen Entwürfen (Willensnationen) oder zum Vollzug natürlicher Gegebenheiten (Blut-und-Boden-Nationen). Beide Deutungen verlieren zusehends ihre vereinigende Kraft, aus vielen Gründen. Blut-und-Boden mag auf kurze Frist noch, wie etwa für eine Minderheit in Ungarn, als Rückzugsort im Widerstand gegen die vielfältigen und zweideutigen Kräfte der Globalisierung dienen; eine rückwärts gewandte Antwort. Für eine positive Antwort dagegen braucht es Zusammenschlüsse vom Typ der Willensnation; diese aber wird ihre historischen Vorbilder, die Zufallsnationen und Zufallsstaaten, nicht kopieren können. Europa als Staatsgebilde neuen Typs braucht keine "Nation Europa" in der Art früherer Jahrhunderte. Der in gemeinsamem Handeln hervortretende Wille, Antwort zu geben auf die globalen Machtverschiebungen, kann die neue, transnationale Staatlichkeit hervorbringen.

Am meisten lähmt derzeit ein Missverständnis darüber, was Demokratie leisten kann und soll. Beklagt wird allenthalben fehlende Kontrolle, Transparenz, Mitsprache. Aber das ist nur die Hälfte des Elends der Demokratie. Kontrolle ist notwendig, aber sie nutzt nur, wenn es Instanzen gibt, die handlungsfähig sind und die, eben weil folgenscher gehandelt wird, beides brauchen: Anstoß und Kontrolle. Auch Demokratie ist Herrschaft, eine chancenreiche Herrschaftsform. Wo nicht im Nahverhältnis Aug-in-Aug beraten und beschlossen wird, gilt: Ohne Regierung kein demokratischer Prozess.

Das Missverständnis in Sachen Demokratie ist ganz besonders krass in der Anti-EU-Bewegung. Gewiss, nirgendwo sonst ist Demokratie so sehr bloße Fassade, so sehr ein so-tun-als-ob. Aber was am dringendsten fehlt, ist nicht Kontrolle, sondern Regierung. Es fehlt nicht allein an gemeinschaftsweiter Öffentlichkeit und einem Parlament mit voller Zuständigkeit, vor allem fehlt es am Projekt "Regierung". Warum? Erst eine föderale, in den globalen Weichenstellungen einheitlich handelnde Regierung erzeugt den Ernstfall, an dem der demokratische Prozess in Europa sich transnational entzündet. [Das schließt für viele staatliche und substaatliche Aufgaben institutionelle Vielfalt nicht aus, die globalen Überlebensfragen jedoch ausgenommen.]

"Morgen" also ein transnationaler politischer Prozess, mit der Gründungsversammlung der Völker Europas als Höhepunkt. Die Verfassung des Bundesstaats Europa, mit gemeinsamen (nicht national separierten) Wahlen, gemeinsam gewähltem Parlament und gemeinsamer Regierung. Das alles, um zunächst einmal die längst überfälligen Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, wie Transaktionssteuer, Beseitigung von Steuer- und Bankgeheimnis, keine Lizenzen für Transaktionen mit Steuerverhinderern, Schuldenverringerung zu Lasten der Finanzindustrie; absaugsichere transatlantische Netze; UBIE - Unconditional Basic Income Europe, und anderes auf der Liste der Versäumnisse. Darin als handlungsfähig bewährt und auf Augenhöhe mit den global Mächtigen, kann die europäische Bundesregierung die großen Weichenstellungen angehen, globale Standards in Produktion, Handel und sozialem Ausgleich.

Noch ist nicht "morgen". Aber die kommenden Wahlen zum EU-Parlament können zum Anlass werden für einen doppelten Aufbruch. Erstens ein nüchterner Blick auf die real existierende EU: weder beschönigen noch verteufeln. Zweitens eine klare Zielsetzung: Die transnationale Zukunft ist durch die EU hindurch jenseits der EU zu erfinden. Also hingehen! Diesmal verfehlen die Wahlen das Ziel, es werden eben nicht Regierung und ein Parlament als Gegenüber der Regierung gewählt. Das aber sollen die übernächsten Wahlen bringen.